

Alles in allem war es eine enttäuschende Veranstaltung.

Aber ich hatte wegen der geladenen Sachverständigen eh keine allzu große Hoffnung gehabt. Wirklich Betroffene waren nicht darunter. Die Land-Frau stellte zwar klar, dass im ländlichen Raum ein Problem mit Breitbandverfügbarkeit besteht und drängte auf eine Lösung im Sinne der Aufnahme als Universaldienst. Persönlich schien sie allerdings nicht betroffen zu sein und so ging ihre Stimme im allgemeinen Blabla etwas unter. Interessant fand ich nur ihre Aussage, dass die EU in diesem Jahr eine Debatte über den Universaldienst führt und das Deutschland gegen die Anerkennung des Breitbandzugangs als Universaldienst ist. Hier ist ein Ansatz für unsere politische Einflussnahme gegeben.

Weiter führte die Dame richtig aus, dass im ländlichen Raum kein wirklicher Wettbewerb stattfindet und deshalb ein staatliches Eingreifen (auch Förderung) notwendig wäre. Dies wurde von den Sachverständigen der IHK, der Handwerkskammer und den anderen "Wirtschaftsweisen" natürlich sofort zurück gewiesen. Der Staat solle sich gefälligst heraushalten und alles dem Wettbewerb überlassen. Das Übliche eben.

Dann haben die Wettbewerbsanbieter angefangen zu lamentieren, dass die Gewerbetreibenden ins Hintertreffen geraten, wenn sie kein schnelles Internet haben. Gefordert wurde eine staatliche Koordinierungsstelle, deren Hauptaufgabe es sein sollte, die Nachfrage anzukurbeln. Also für uns auch nichts Neues: Es gibt kein Verfügbarkeitsproblem, sondern ein Nachfrageproblem. Erledigt sich das Zweite, wird automatisch auch ersteres gelöst. Der Staat soll durch ein verstärktes eGovernment Anreize zur Breitbandnutzung setzen. Die "Killerapplikation" müsse her und die Leute zur Breitbandnutzung zu zwingen.

Aus dem Kanon der Jünger des Wettbewerbs etwas heraus fiel der Vertreter der MDKK. Er erklärte aus Art. 5 GG das Recht eines jeden Bürgers auf freien Informationszugang zu verträglichen Kosten. Die notwendige Technik und der Inhalt der Informationen müssen für alle Menschen zur Verfügung stehen. An Hand von Zahlen zur Internet- und Breitbandnutzung erklärte er, dass Breitbandinternet durchaus bereits meinungsbildungsrelevant wäre (eine Definition, wann dies konkret der Fall ist, gibt es nicht). Die Nichtverfügbarkeit verletze daher das Grundrecht auf Informationsfreiheit. Wie das Dilemma behoben werden soll, ließ er offen.

Die Firma Micus hat neben mündlichen Ausführungen eine schriftliche Stellungnahme abgegeben, die im Forum von geteilt.de nachgelesen werden kann.

Durch die IHK Bayern wurde das System der dortigen Breitbandförderung erläutert. Dabei wurde zunächst festgestellt, dass der Breitbandatlas zu nichts taugt, weil er die Realität nicht widerspiegelt. Wichtig wäre eine Nachfragebündelung vor Ort. Die finanzielle Förderung des Freistaates Bayern in Höhe von 19 Mio. Euro wäre gut gemeint, aber letztlich wirkungslos, weil niemand wüsste, wo und wie das Geld verteilt werden soll. Deshalb wird auch von dort eine finanzielle Förderung abgelehnt.

Danach erklärte noch ein Sachverständiger die einzelnen Technologien, insbesondere auch die leidige Satellitengeschichte, die ja an sich überall Breitband ermögliche. Die Darstellung war so undifferenziert, dass ich stark an mich halten musste, um nicht dazwischen zu rufen. Er brachte auch einige knallige Falsch- und Pauschalaussagen, so zum Beispiel: „DSL über Glasfasernetze ist nicht möglich“. Er machte mir nicht wirklich den Eindruck eines Sachverständigen.

In der folgenden Diskussion wurde vor allem von CDU-Politikern die Notwendigkeit von Breitbandinternet in Frage gestellt. Dabei tat sich besonders Horst Metz hervor (ja, das ist der, der wegen der Landesbankaffäre zurückgetreten ist). Als einer der Sachverständigen erklärte, dass Satellitenbreitband weniger geeignet wäre, weil damit schlecht Internetspiele zu spielen wären und Computer immer mehr die Fernseher in den Kinderzimmern verdrängen würden, erklärte er, seine Enkel sollten ja gerade nicht ihre Freizeit vor einem Bildschirm verbringen. Die sächsische Wirtschaft wäre im Übrigen auch nicht so erfolgreich, wenn der Nachteil einer Nichtverfügbarkeit von Breitbandinternet so groß wäre, wusch er die Sachverständigen ab.

Zusammenfassend: Die Parlamentarier gingen wohl so schlau aus dem Raum, wie sie herein gegangen sind. Einige hatten offenbar auch gar keinen Informationsbedarf, weil sie eh glauben, im Besitz der alleinigen Wahrheit zu sein.

Ich werde nun versuchen, gezielt in den Fraktionen weiter Problembewusstsein zu schaffen. Mal sehen, was bei meinem Gespräch mit Wirtschaftsminister Jurk heraus kommt.